Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 87 — Sonnabend, den 30. Oktober 1926. — 39. Jahrgang.

Konfliktsstoff im Reichstag.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Verfassungsgemäß hat der Reichstag am ersten Dienstag im November zusammenzutreten; in der nächsten Woche werden demgemäß die Verhandlungen beginnen nach einer Pause, die fast fünf Monate beträgt.

An der innenpolitischen Situation hat sich inzwischen, vom parteipolitischen Standpunkt aus gesehen, äußerlich nichts geändert. Der Versuch, im Reich eine Große Koalition herzustellen, also die parlamentarische Basis der Regierung Marx nach links zu erweitern, ist vorläufig ebenso gescheitert wie die Absicht der deutschnationalen Rechten, sich der Regierung zu nähern. Über die preußischen Verhandlungen sind die Koalitionspläne zunächst gestolpert; es wird freilich nicht an sofortigen Bemühungen fehlen, neue Verhandlungen anzuknüpfen, obwohl die Deutsche Volkspartei der Ansicht ist, daß die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen ebensowenig notwendig identisch sein müssen, wie sie es bisher waren.

Während aber in Preußen die bestehende Weimarer Koalition eine wenn auch nur ganz kleine Mehrheit hat, ist die Regierung Marx im Reich ja eine ausgesprochene Minderheitsregierung, kann also über Nacht gestürzt sein, wenn die Gesamtopposition in irgendeiner Frage einmal zusammengeht und dann über die Mehrheit verfügt. Nun ist aber im allgemeinen eine deutsche parlamentarische Opposition — ebenso auf der Rechten wie auf der Linken — nur in sehr seltenen Fällen zu einem solchen Experiment zu haben; der Sturz Dr. Luthers bildet eine Ausnahme und die Drohung mit einer allen Parteien unangenehmen Reichstagsauflösung ist ein starker Trumpf in der Hand der Regierung. Die parlamentarische Entwicklung der nächsten Wochen erst wird auch die parteipolitische Konstellation beeinflussen.

Diese Entwicklung birgt allerhand Gefahren in sich. Hohenzollernabfindungsgesetz nebst dem bekannten sozialdemokratischen Zusatzantrag, der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge und um die auswärtige Politik, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und anderes mehr enthält Konfliktsstoffe genug. Außerdem hat der Reichstagspräsident Löbe erklärt, daß er mit der Absicht umgehe, eine grundlegende Änderung der Geschäftsordnung zu beantragen, weil oder wenn die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, um derartige Szenen zu verhindern, wie sie sich vor kurzem im Preußischen Landtag abspielten. Der Präsident darf nämlich grobe Unruhestifter und „schlagfertige“ Abgeordnete nur für einen Tag von der Sitzung ausschließen. Bemerkt sei, daß der Vorsitzende der Essener Stadtverordnetenversammlung das Recht hat, jeden renitenten Stadtverordneten, der auf seine Aufforderung hin den Saal nicht sofort verläßt, auf acht Wochen auszuschließen mit Verlust der Straßenbahnfreikarte und der Entschädigungen. Und wenn das noch nicht hilft, dann kann durch einen einfachen Beschluß der Versammlung Ausschluß auf die Dauer der Sitzungsperiode erfolgen.

Der Grundgedanke Löbes wird wohl von den bürgerlichen Parteien gebilligt werden, aber derartige Änderungen der Geschäftsordnung haben stets zu den erbittertsten parlamentarischen Kämpfen geführt, weil sich die Minderheit immer für „vergewaltigt“ erklärte. Da scheint man denn die agitatorische Rückwirkung auf gewisse Teile des Volkes. Daß derartige Verschärfungen trotzdem notwendig sind, noch viel notwendiger werden können, muß der vor allem einsehen, der nicht will, daß der Parlamentarismus sonst in die Gefahr des Selbstmordes gerät. So manches an ihm und seinem Betrieb ist ja noch verbesserungsfähig, und Löbe wies auch auf entsprechende Anregungen hin, die vor allem dem parteipolitischen Leerlauf entgegenwirken, eine strengere Konzentration auf wirkliches Arbeiten herbeiführen wollen. Was hierin geschehen wird, das wird gleichfalls erst von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängen.

Internationale Ueberwachung der Rüstungen.

Beschlüsse in Genf.

Der gemischte Ausschuß, der von der Vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung mit der Prüfung der wirtschaftlichen Seite des Problems beauftragt wurde und der in Paris seit dem 19. Oktober getagt hat, hat seine Arbeiten beendet. Nach der Agentur Havas hat er sich mit folgenden Fragen beschäftigt:

1. Prüfung der Methoden, die geeignet sind, die Anwendung des Völkerbundstatuts sicherzustellen. Hier werde die Schaffung eines ständigen Organs vorgeschlagen, das die Aufgabe habe, alles, was die Anwendung des Völkerbundstatuts betreffe, unter statistischen Gesichtspunkten zu sammeln und zu prüfen. Es handle sich um die Frage der Rüstungskontrolle. Hier sei der Ausschuß der Ansicht, daß unter gewissen Vorbehalten eine sogar internationale Überwachung der Rüstungen und der Herstellung von Kriegsmaterial zulässig sei.

2. Prüfung der Möglichkeit, den Rüstungsstand der verschiedenen Staaten durch Vergleichung ihrer militärischen Ausgaben festzustellen, sowie Prüfung der allgemeineren Frage einer Beschränkung der Streitkräfte durch eine Beschränkung des Militärbudgets. Der Ausschuß habe die Ansicht vertreten, daß das Studium der Budgets bei der gegenwärtigen Lage nicht als Grundlage für die Rüstungsbeschränkungen dienen könne. Eine Einschränkung des Budgets würde das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen den kontrahierenden Staaten sein müssen. Doch würde diese Beschränkung nur wirksam sein als Folge der Beschränkung der militärischen Elemente, d. h. des Materials und der Mannschaften.

3. Prüfung des Einflusses der wirtschaftlichen Elemente auf die Rüstungen und auf die Kriegsstärke. Als wirtschaftliche Elemente wurden aufgeführt: die Zahl der Einwohner, die Hilfsquellen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, und sonstigen Produkten. Wichtig seien Umfang und Natur der Verkehrsmittel und schließlich die finanziellen Mittel eines Landes, von denen die Möglichkeit der Kriegführung abhänge.

Der Ausschuß stellt fest, daß mangels einer Organisierung der Weltwirtschaft eine regionale Organisation wirksam zur Sicherheit und infolgedessen zur Erleichterung der Abrüstung beitragen könne.

Frankreichs Sicherheiten.

Der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrats, General Nollet, kam bei einem Frühstück des Englisch-Französischen Frühstücksklubs in London auch auf die Rüstungsfrage zu sprechen. General Nollet führte hierbei aus: Die Tatsache, daß Nationen sich nicht länger auf Söldnerheere verließen, mache die Bestimmung des Ausdrucks „Abrüstung“ schwierig, was durch das, was in Genf stattgefunden habe, bewiesen worden sei. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Hilfsquellen besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantitativ wie auch qualitativ genügend „Menschenmaterial“, wie man es in Deutschland nenne, zur Verfügung habe.

Nollet fragte, was Frankreich als Sicherheit habe, und erklärte, es halte weiterhin einen Teil des Rheins besetzt und es sei wohlbekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimesse. Sie grenze an die entmilitarisierte Zone, die sie isoliere und ihr eine insulare Lage gebe. Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Überwachung bestehe. Andererseits sei Frankreich des Vorteils des Garantiepaktes beraubt, der im Falle eines neuen Konfliktes die Streitkräfte Amerikas und Großbritanniens Seite an Seite mit seinen eigenen gestellt hätte. General Nollet gab seinem Optimismus für die Zukunft Ausdruck und schloß dann unter Beifall: „Ich glaube, daß unsere beiden großen Länder weiterhin Hand in Hand gehen werden. Wir müssen das Spiel bis zu seinem Ende spielen, solange der angerichtete Schaden noch nicht wieder gutgemacht und wenn das gemeinsame Ziel noch nicht erreicht ist. Interessen und Gefühl verlangen die Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens.“

Keine Verstimmung Amerikas gegen Deutschland.

Eine offiziöse Auslassung.

„Associated Preß“ meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds und der Bildung des europäischen Stahlkartells. Das Staatsdepartement und das Schatzamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über die beiden Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Weiße Haus gab keine Erklärung ab. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es nur durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahlkartellplan erhalten habe. Das Schatzamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trustplan hätte befragt werden sollen. Der Plan einer Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds sei in England durchkreuzt worden, ehe er der amerikanischen Regierung vorgelegen habe. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über eine amerikanische Verstimmung keinerlei berechtigte Grundlage haben. Es wird dagegen angedeutet, daß hier einige Verstimmung herrsche über das kürzliche Bestreben der britischen und der französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern von Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zuzuschieben.

Bayerns Verhältnis zum Reich.

Dr. Held über Staat und Wirtschaft.

In der Vollsitzung des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort und erklärte u. a. zur Anschlußfrage, daß auf dem Wege der Wirtschaft der Anschlußgedanke am ehesten verwirklicht werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbindung zwischen Deutschland und Österreich sich immer inniger gestalten möchte.

Dr. Held kam darauf auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sprechen. Er sagte hierbei: Die Wirtschaft kann nicht der Staat sein, die Staatsidee, der staatspolitische Gedanke geht viel weiter und ergreift alle Stände und Interessen. Die Staatsautorität muß die erste Voraussetzung dafür sein, daß jede einzelne Wirtschaftsgruppe sich zur Geltung bringen kann. Ich würde es begrüßen, wenn gerade vom Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei im Gegensatz zu manchen Wirtschaftsgruppen im Reiche der Staatsgedanke an die erste Stelle gesetzt würde. Wenn man die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft glaubt an die Stelle des Staates setzen zu können, dann verfällt alles unrettbar in einen heillosen Materialismus. Wir stehen, so schloß der Ministerpräsident, in einem schweren Kampfe um die Erhaltung unserer Eigenstaatlichkeit. In diesem Kampfe kann die Wirtschaft nicht beiseite stehen, und gerade die bayerische Wirtschaft hat ein Lebensinteresse daran, in diesem Kampf an der Seite des Bayerischen Staates zu stehen. Wir gehen nicht gegen das Reich. Wir in Bayern sind ebensogute Deutsche als irgend jemand im Norden. Wenn wir den föderalistischen Gedanken hochhalten, so sind wir uns bewußt, daß wir mindestens ebensogut für das Reichsganze sorgen wie andere Leute, welche glauben, diese Sorge in Erbpacht zu haben.“

Danzigs neue Regierung.

Neuwahl des Danziger Senats.

Im Volkstag ist die neue Danziger Bürgerblockregierung gewählt worden. Nach dem Rücktritt der Linkskoalition haben sich die Deutschnationalen, das Zentrum, die Liberalen und die Beamtengruppe zu einer Regierung zusammengeschlossen, die sich allerdings nur auf die knappe Mehrheit von 62 Stimmen bei 120 Abgeordneten stützt. Zum Vizepräsidenten des neuen Senats wurde der deutschnationale Fabrikbesitzer und Landesbaurat a. D. Riepe mit 60 von 66 abgegebenen Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Sämtliche Oppositionsparteien, also die Danziger Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Polen, beteiligten sich nicht an der Wahl. Hierauf erfolgte die Wahl der übrigen 13 Senatoren, die ebenfalls etwa 60 Stimmen erhielten; es wurden gewählt: 5 Deutschnationale, 4 Zentrumskandidaten, 2 Liberale und 1 Beamtenvertreter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten, Dr. Brandes-Althof, hat eine Sitzung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates stattgefunden, in deren Vordergrund die großen Probleme standen, die sich schon jetzt aus der Zusammenarbeit von Enqueteausschuß und Deutschem Landwirtschaftsrat ergeben. Daneben befaßte man sich eingehend mit der Zusammenarbeit der großen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die mit Rücksicht auf die Beteiligung an den bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen besonderes Interesse beanspruchte. Die Behandlung der Probleme der Siedlung und Landeskultur wurden durch wertvolle Anregungen aus den Kreisen der Vertreter der Provinzen und Länder ergänzt. Im Anschluß an die Sitzung hatte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Brandes-Althof, die Reichs- und Landesregierungen und Vertreter der großen Wirtschaftsverbände zu einem Bierabend geladen. Reichspräsident von Hindenburg bekundete durch persönliches Erscheinen sein Interesse an der Arbeit des Deutschen Landwirtschaftsrates im Sinne der weiteren Produktionssteigerung mit dem Ziele, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der Hamburger Nachrichten gab Dr. Jarres erneut der Zuversicht Ausdruck, daß die nationale Gemeinschaft der Rechtsparteien auf dem Marsche sei. Der Landbund verlange positive nationale Arbeit und komme die Gemeinschaft nicht zustande, so könne sich eine Bauernpartei selbständig machen. Eine größere Gemeinschaft zur Rechten übe eine magnetische Kraft aus, der sich auch das Zentrum nicht entziehen könne. Dr. Jarres erklärte, er sei nicht gegen die Sozialdemokratie und ihre Mitregierung; er arbeite in seiner Stadtverwaltung sehr gut mit den Sozialdemokraten zusammen. Aber man könne sich nicht den Schwierigkeiten verschließen, die der Sozialdemokratie in der Reichsregierung erwachsen würden.

Fürstenvergleichsverhandlungen in Württemberg.

Der württembergische Staatspräsident hat die Anfrage eines Abgeordneten über den Stand der Auseinandersetzung mit dem früheren württembergischen Herzogshaus dahingehend beantwortet, daß die Verhandlungen mit dem Haus Württemberg wieder aufgenommen worden seien. Auf welcher Grundlage eine Verständigung möglich sei, lasse sich heute noch nicht bestimmt sagen, doch werde voraussichtlich in Kürze ein Vergleichsvorschlag unterbreitet werden können.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat neben ihrem Antrag auf Ausweisung aller ehemaligen Landesfürsten und ihrer Nachkommen aus dem Reichsgebiet jetzt noch einen besonderen Gesetzentwurf eingebracht, wonach alle zwischen den einzelnen Ländern (Preußen, Bayern usw.) getätigten Verträge und Vergleiche mit den ehemaligen Fürsten aufge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261030-10/fragment/page=0001

hoben werden und das gesamte ehemalige Fürstenvermögen zum Wohle der Allgemeinheit entschädigungslos enteignet wird.

Königsberg. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die Heidenburger Zeitung wegen eines Artikels „Völkische Bauernbewegung" vom 28. Oktober bis 10. November verboten, weil in dem Artikel die republikanische Staatsform beschimpft wurde.

London. „Times" zufolge ist ein Deutsch-englisches Akademisches Amt eingesetzt worden, das ein System des Austauschs von Universitätsstudenten zwischen Deutschland und England entwickeln soll. Das Amt wird zusammen mit dem Akademischen Auskunftsdienst in Berlin arbeiten, dessen Direktor Dr. Werner Picht ist.

Bukarest. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Amerikareise der Königin von Rumänien abgebrochen worden ist und daß sich die Königin bereits auf der Rückreise befindet. Durch diese amtliche Erklärung werden die Gerüchte bestätigt, die von einer neuerlichen schweren Erkrankung des rumänischen Königs sprechen.

Buenos Aires. Der Präsident der Republik Argentinien de Alvear hat den hier eingetroffenen ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Luther empfangen. Für Sonnabend ist Dr. Luther vom Minister des Äußern zum Frühstück geladen.

4 Millionen deutsche Völkerbundskosten. Wie wir erfahren, wurden für den deutschen Anteil an den Kosten des Völkerbundes 4,1 Million für 1927 in den Reichsetat eingesetzt. Und was ist der Erfolg unserer Mitgliedschaft? Belastung statt Abbau! Eine seltsame Meldung kommt aus Mainz: Zum 1. November sind von der Stadtgemeinde 21 neue Privatwohnungen für Offiziersfamilien angefordert worden. Demnach scheinen sich auch die Gerüchte zu bestätigen, daß am 1. November neue Truppen für den französischen Befehlsbereich zu erwarten sind.

Verkürzung der Arbeitszeit. Die drei großen Spitzengewerkschaften beabsichtigen angesichts der noch immer vorhandenen starken Arbeitslosigkeit, die Einbringung eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit. Es soll dadurch dem Ueberstundenwesen gesteuert werden und die sich doch als notwendig erweisenden Ueberstunden sollen besonderer Vereinbarung unterliegen. Das soll nur unter ganz bestimmten engbegrenzten Voraussetzungen möglich sein. Die drei Gewerkschaftsrichtungen wollen in einer gemeinsamen Kundgebung in den nächsten Tagen die Notwendigkeit des Gesetzes begründen.

Aus der Umgegend

Nebra, 30. Oktober.

— **Aus der Stadtverordnetensitzung.** Zur Ergänzung des in voriger Nummer des Nebraer Anzeigers veröffentlichten Berichtes über die Einführung der neuen Magistratsmitglieder in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 22. Oktober d. J. wird uns die Einführungsrede des Herrn Bürgermeisters zur Verfügung gestellt. Sie lautet wie folgt:

„Meine Herren! Es ist der außergewöhnliche Fall eingetreten, daß die Aemter des Beigeordneten und eines Magistratsmitgliedes vor Ablauf der gesetzlichen Amtszeit frei geworden sind. Neue Herren treten in diese Aemter ein. Wenn ich die Ursachen bedenke, auf die diese Wendung zurückzuführen ist, so muß ich die Wendung von meinem persönlichen Standpunkt aus begrüßen. Denn durch den Eintritt neuer Kräfte in den Magistrat ist m. E. die einzige Möglichkeit gegeben, den Beweis zu erbringen, daß der Magistrat ehrlich bemüht war, nur den Interessen der Stadt und der Gesamteinwohnerschaft zu dienen. Ich bin gewiß, daß die neuen Herren die bisher vom Magistrat befolgte Kommunalpolitik, an der ich für meine Person mit aller Bestimmtheit festhalten werde, als richtig anerkennen müssen.

Ich wünsche den neuen Herren eine erfolgreiche Tätigkeit im Interesse des Aufstieges ihrer Stadt Nebra und wünsche ihnen insbesondere, daß sie unbeirrt und unbekümmert durch persönliche Interessen ihre Aemter unparteiisch zum Wohle der Stadt verwalten werden."

— **Im Lichtspiel-Theater** gibt es wieder eine Sensation: Bis zu den Kannibalen (also echten Menschenfressern) sind die Filmoperateure vorgedrungen, haben in der Wildnis trotz der Gefahr, samt ihrem Kurbelapparat verspeist zu werden, wohlgelungene Filmaufnahmen gemacht und nun können die Kinobesucher all das Leben und Treiben der Kannibalen mit Muße in Augenschein nehmen. Wenn nun bei diesem Film etwa die Haare zu Berge stehen, wird das darauffolgende Lustspiel das Gegenteil bewirken: es wird jeder Besucher herzlich lachen. — Am Nachmittag ist eine Kindervorstellung angesetzt, zu der ein extraschönes Programm gewonnen ist. Da lange Zeit keine Kindervorstellung stattgefunden hat, wird unsere Jugend gewiß darüber recht erfreut sein, wieder einmal das Vergnügen einer Kinovorstellung zu haben. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Saal am Nachmittag sowohl wie am Abend gut geheizt ist.

— **Cumberland-Bellachini-Abend.** Wer da immer noch glaubt, es gibt geheimnisvolle Kräfte, die in der Lage sind, Wunder zu vollbringen, der wird morgen Abend beim Vortragsmeister Bellachini in seiner Einbildung wieder gestärkt werden, denn es kommen im Saale des Schützenhauses Zeichen und Wunder zum Vorschein, die sich niemand erklären kann, die einfach hingenommen werden mit dem Bemerken: „es geht nicht mit richtigen Dingen zu." Der Nachdenkende weiß zwar, daß es in unserm aufgeklärten Zeitalter eine Zauberei nicht mehr gibt, daß alles mit natürlichen Dingen zugeht und er verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Bewegungen, die der vielseitige Vortragskünstler macht. Wie sehr er aber auch aufpaßt, dahinter kommt doch keiner und so bleibt es beim Vermuten. Vieles erklärt der Künstler aber auch, denn seine sämtlichen Experimente werden durch fließenden Vortrag begleitet. Die Gemeinde derer, die gern einmal derartige, das Nachdenken anregende Vorstellungen besuchen, ist nicht klein, und so ist zu erwarten, daß der Künstler bei uns ein volles Haus findet.

— **Kirmes in Reinsdorf.** Als Ausflugsort für nächsten Sonntag und Montag ist unser Nachbarort Reinsdorf zu betrachten, denn dort ist Dankfest und Kirmes angesagt. Im Anzeigenteil wird das Programm für beide Tage bekannt gegeben, wir möchten aber an dieser Stelle noch besonders darauf hinweisen, daß der Kirmeswirt Herr Bernschein besonderes Gewicht darauf legt, den Gästen gerade an diesen beiden Tagen etwas Gutes zu bieten und die Reichhaltigkeit und Qualität seines Kellers und der Küchenvorräte darzutun.

□ **Besuch der deutschen Soldatengräber in Frankreich.** Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, kann vom 31. Oktober bis 4. November einschließlich der Gräberbesuch in Frankreich stattfinden. Eine Taxe von 2,50 Goldfrank = 16,90 Papierfrank ist an der Grenze zu entrichten. Das Visum wird nur an der Grenze gegeben, und zwar auf einen gültigen Paß oder Personalausweis mit Lichtbild. Im übrigen erfolgt der Besuch der Gräber unter den bisherigen Bedingungen. Ebenso ist für den 21. und 22. November (Totensonntag) unter den gleichen Bedingungen für zwei Tage der Gräberbesuch in Frankreich gestattet.

□ **Verlängerung der Anmeldefrist für Altbesitzanleihen.** Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums wird die Frist für die Anmeldung der Altbesitzanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie für die Beantragung der Auslosungsrechte auf Grund solcher Anleihen oder ihrer Barablösung bis zum 30. November d. Js. verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung kann nicht gerechnet werden. Den Gläubigern ist daher dringend zu raten, ihre Anträge bei den Vermittlungsstellen (Banken, Sparkassen, Genossenschaften) mit größter Beschleunigung einzureichen.

— **Kraftpostfahrt nach Buttstädt.** Zum bedeutendsten Buttstädter Herbstmarkt, dem Allerheiligen-Markt am Montag, den 1. November, verkehrt die Kraftpost Roßleben — Wiehe ab Roßleben 6^{50} V. durchgehend über Wiehe, Lossa, Rastenberg, Hardisleben bis Buttstädt. Abfahrt Roßleben 6^{50} V. im Anschluß an den 1. Zug von Naumburg, Rückfahrt Buttstädt 12^{45}, an Roßleben 2^{15} N. zum Zuge nach Artern.

Landgrafroda. Seinen 94. Geburtstag feierte bei seltener Rüstigkeit der ehemalige Forstaufseher Karl Finger, hier. — Hier wurde am Sonntag ein Turn-Verein (D. T.) gegründet. Den Vorsitz hat Herr Hilfslehrer Otto Herrmann übernommen. Die Mitgliederzahl beträgt 21 aktive Turner.

Merseburg. Die Reichsbahn hat den Bau der Bahn Merseburg—Zölschen nunmehr endgültig beschlossen und mit der Durchführung begonnen. Nachdem bereits der Kreistag Merseburg in seiner Herbsttagung den Betrag von 100 000 Mark zur Beteiligung an einer Gesellschaft vorgesehen hat, will sich jetzt auch der Zweckverband Leuna mit 50000 Mark beteiligen.

Nordhausen. In der Nacht zum Montag drang ein aus Köln stammender Mann, namens Breuer in die Wohnung seiner hier wohnenden Schwiegereltern ein, bei denen sich seine von ihm getrennt lebende Frau aufhält, und versteckte sich im Schlafzimmer seiner Frau. Nachts trat er plötzlich aus seinem Versteck hervor und schoß die Frau in die Herzgegend. Auch auf die hinzueilenden Schwiegereltern feuerte Breuer und verletzte seinen Schwiegervater leicht. Darauf brachte Breuer sich selbst lebensgefährliche Verletzungen bei. Breuer und die schwerverletzte Frau wurden ins Krankenhaus gebracht.

Halle. (Eisleben die teuerste, Halle die zweiteuerste Stadt im Regierungsbezirk Merseburg). Nach den Ergebnissen der Teuerungsstatistik für die preußischen Erhebungsgemeinden stellen sich im Regierungsbezirk Merseburg die Teuerungszahlen im Reichsmark für die einzelnen Städte wie folgt: Eisleben, 143,79, Halle 142,69, Bitterfeld 138,69, Weißenfels 133,29, Wittenberg 133,50, — Dazu einige Vergleichsziffern: Magdeburg 129,57, Erfurt, 141,64, Halberstadt, 128,55, Hannover 138.29. Göttinaen 135.34. Berlin 144,71.

Leipzig. (Vorsicht, ein Schwindler am Werke.) In Leipzig ist vor einiger Zeit ein Schwindler aufgetreten, der kleine Kistchen mit angeblich 11 Pfund echter Kernseife verkauft hat. Nach seiner Angabe sei die Seife noch zu frisch und werde erst nach einiger Zeit härter. Es stellte sich aber heraus, daß der Inhalt des Kistchens völlig wertlos ist. Nach Gutachten mehrerer Sachverständiger soll die Masse aus Seeschwämmen hergestellt sein, für die sich der Gauner vier Mark zahlen ließ. Er trug die Kleidung eines Kraftwagenführers u. hatte in einem Rucksack noch mehrerer solcher Kistchen. Sollte der Bursche, nachdem er sich in Leipzig unmöglich gemacht hat, in anderen Städten sein Glück mit derartigen Gaunereien versuchen, so sei hiermit gewarnt.

Weimar. Weil sie in einer Sommernacht die Bronzebüste des ehemaligen Großherzogs Karl August in den Anlagen vor dem Museum von ihrem Sockel abgebrochen und fortgeschleppt hatten, um das Bronzematerial als Altware zu verkaufen, wurden vom Gericht der Althändler Beyer und der Arbeiter Schmidt zu 1½ und 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bad Harzburg. (Weiterreisende mit dem Kinderwagen.) Durch Bad Harzburg kamen zwei sogenannte Weltreisende, die einen Kinderwagen 56 000 Km. um die Welt schieben wollen. Bisher haben sie allerdings erst 4500 Km. zurückgelegt. Sie wollen auch dem Brocken einen Besuch abstatten.

Clausthal-Zellerfeld. In der letzten Nacht hat ein Großfeuer in Zellerfeld zwei Wohnhäuser niedergelegt. Sieben Familien sind dadurch obdachlos geworden.

Bad Harzburg. (Ein Lastauto in die Saale gestürzt.) Ein mit Ziegeln beladenes Auto stürzte gegenüber der Wiedeschen Papierfabrik in die Saale. Der etwa 22jährige Maurer Sell aus Berg wurde zu Tode gedrückt und sein Vater lebensgefährlich verletzt, während der Chauffeur und der Besitzer des Wagens rechtzeitig abspringen konnten. Das Auto benutzte den leichten Feldweg an der Saale entlang, der für Lastfahrten überhaupt nicht geeignet ist.

Dommitzsch. (Ein lockerer Braten.) Von einer an der nahen Jakobischen Ziegelei lagernden Zigeunerbande wurde nachmittags einer der mitgeführten Bären derart bösartig, daß er selbst von seinem Bändiger nicht beruhigt werden konnte. Die Polizei machte das Tier durch einen Schuß unschädlich. Fell und Fleisch kauften Dommitzscher Liebhaber, die das Bärenfleisch zu einem schmackhaften Sonntagsbraten verwerteten.

Mühlhausen. Zu dem gemeldeten Brandunglück in Bickenriede wird noch mitgeteilt, daß in wenigen Minuten neun Scheunen mit ihren Erntevorräten und zwei Wohnhäuser eingeäschert wurden. Acht Feuerwehrzüge nahmen an den Löscharbeiten teil. Trotz des Bandes gelang es ihnen, eine Ausdehnung des Feuers zu verhindern, Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Dagegen sind große Erntewerte vernichtet worden, was umso bedauerlicher ist, da das Eichsfeld in diesem Jahre endlich einmal eine bessere Ernte erzielt hatte. Die Untersuchungen über die Entstehung des Brandes schweben noch.

Benneckenstein. (Ein Kind in Flammen.) Das dreijährige Töchterchen eines hiesigen Arbeiters zündete in einem unbewachten Augenblick, als die Mutter in den Stall gegangen war, Streichhölzer an, um der Mutter in den Stall zu folgen. Das Kleidchen fing Feuer und das Kind erlitt erhebliche Brandwunden.

Walkenried. (Warum denn schießen, wenn man auseinandergeht.) Sie hatten einander so lieb. Er wohnte in Walkenried, Sie in Elrich. Es wäre auch zur Hochzeit gekommen, wenn es eben keinen Krach gegeben hätte. Der war denn auch gleich von der Güte, daß er gen Norden und sie gen Süden rannte. Ihm sei aber ein, daß er keinen Grund habe, die Ferne zu suchen, wenigstens vorläufig nicht. Er hatte noch seine neugekauften, kostbaren Möbel bei der Verkrachten stehen. Also hin! Im Frack wird er zwar nicht empfangen, aber dafür tritt ihm der Bruder der einst heißgeliebten, jetzt aber Bestgehaßten, entgegen mit dem Revolver in der Hand, und macht auf den Entlobten Zielübungen. Dem wird so komisch zumute, wie leicht kann so ein Ding losgehen, und dann fällt man hin und sagt nichts mehr. Und was dann? Ihm treten dicke Schweißtropfen auf die Stirn,, die im nächsten Moment auch schon durch eine dicke Gänsehaut abgelöst werden. Das alles dauert aber nur wenige Minuten, bis ein muskelstarker Nachbar herzuspringt und dem rächenden Bruder den Schießprügel wegreißt. „Wer wird denn schießen wenn man auseinandergeht?"

Schlotheim. Am 31. Oktober findet der Volksentscheid über die welterschütternde Frage, wer als Pächter in den Schlotheimer Ratskeller einzuziehen soll, statt. Die Bürgerschaft wird selbst entscheiden, ob der bisherige Pächter für eine jährliche Pachtsumme von 3 300 Mark den Zuschlag erhält.

Bickenriede. (Brandstifter.) Der Generaldirektor der Landesfeuersozietät der Provinz Sachsen hat eine Belohnung bis zu 1000 Mark demjenigen zugesichert, der die Täter nachweist, die die Brandkatastrophe in Bickenriede heraufbeschworen haben.

Klostermansfeld. (Ein warnendes Beispiel). Aus der französischen Fremdenlegion zurückgekehrt ist am Freitag voriger Woche der Bäcker Paul Kirchberg. Vor 5½ Jahren ging er auf die Wanderschaft, um in seinem Beruf Arbeit zu suchen. Hierbei kam er auch in das besetzte Gebiet, wo er bald französischen Werbern in die Hände fiel und ehe er sich versah, war es plötzlich Fremdenlegionär und befand sich mit noch weiteren 60 Mann auf der Reise nach den französischen Kolonien. In Marokko hat er unter den härtesten Strapazen bei großer Hitze und Wassermangel gegen die Riffkabylen und andere afrikanische Stämme gekämpft, wobei er auch einmal verwundet wurde. Nach seinen Angaben sollen sich allein 35 000 Deutsche in der franz. Fremdenlegion befinden, mit der Frankreich seine kolonialen Eroberungs- und Unterdrückungskriege führt. Eine traurige Tatsache umsomehr, als oft Deutsche gegen Deutsche kämpfen müssen, wie der Zurückgekommene in dem Marokkofeldzug festgestellt hat. Als Dank für seine treue Dienstzeit hat er Kriegsausszeichnungen erhalten und bei seiner Entlassung in Neustadt i. P. (besetztes Gebiet) erhielt er „noch" 200 Papierfranken, mit denen er nicht einmal seine Reise nach hier bestreiten konnte.

Thale. Riesenschwein hatte der Fleischermeister Lohhoff, denn er konnte ein Riesenschwein von 735 Pfund schlachten. Das „Tierchen" hatte eine Speckdecke von 24 Zentimeter Dicke.

Magdeburg. Einen üblen Scherz leisteten sich zwei junge Burschen, die ein junges Mädchen vom Tanzboden nach Hause geleiteten. Sie banden dem Mädel die Röcke über den Kopf zusammen, sodaß es sich nicht rühren konnte, und ließen es dann in der Kälte der Nacht in der Gegend der Strombrücke liegen. Passanten fanden das Mädchen später und befreiten es aus seiner mißlichen Lage.. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Tangermünde. (Der brennende Möbelwagen — ein raffinierter Versicherungsschwindel.). Auf dem Tangermünder Güterbahnhof geriet nachts ein Möbelwagen in Brand. Als Entstehungsursache vermutete man unvorsichtiges Hantieren mit Zigaretten. Wie sich nunmehr herausstellt, ist das Feuer auf einen überaus raffinierten Versicherungsschwindel zurückzuführen.

Wittenberg. Ihren 100. Geburtstag kann Freitag die Ackerbürgerswitwe Amalie Hecht feiern. Das alte Mütterchen ist erfreut sich noch guter Gesundheit und auch geistig ist sie noch sehr rege.

Dessau. (25 Jahre alt, 21 Jahre Zuchthaus, 70 Jahre Ehrverlust.) In der Mittwochssitzung des hies. Schöffengericht hatte sich der trotz seiner Jugend von 25 Jahren schon mit vielen Jahren Zuchthaus vorbestrafte Klempner Paul Panske aus Burg bei Magdeburg wegen zahlreicher Diebstähle zu verantworten, die er in den Jahren 1925-26 in Zerbst und in Dessau verübt hatte. Das Gericht überführte den Täter und verurteilte ihn unter Einrechnung einer Anzahl Vorstrafen zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Als der Staatsanwalt Ehrverlust gegen den Dieb beantragte, rief dieser aus: „Um Gottes Willen, keinen Ehrverlust. Ich habe bereits sieben Jahre!"

Klostermansfeld. (Opfer der Arbeit.) Auf dem Zirkelschachte geriet beim Rangieren der verheiratete 42 Jahre alte Bergmann Albert Klitsch von hier wischen zwei Maschinen, wodurch er gequetscht wurde und einen Beckenbruch erlitt. Der Bedauernswerte wurde sofort in das Knappschaftskrankenhaus nach Hettstedt gebracht.

Taucha. Von einem aus Richtung Taucha kommenden Personenauto umgerissen und getötet wurde der auf der Straße Taucha—Leipzig neben seinem Wagen eingeschlafene Geschirrführer Sander aus Döbitz. Das Auto sauste davon, ohne sich um den Getöteten zu kümmern. Der Begleiter des so jäh ums Leben gekommenen Geschirrführer konnte keine näheren Angaben über den rücksichtslosen Automobilisten machen, da sich alles blitzschnell abspielte.

Pirna. Die Frau des Arbeiters Schulze hat in Abwesenheit ihres Mannes sich und und ihre vier Kinder im Alter von vier bis zwölf Jahren durch Gas vergiftet. Als der Mann morgens von der Arbeit kam, fand er seine Familie tot in der Küche vor.

Nah und Fern.

○ **Eine Notgemeinschaft reichsdeutscher Ärzte.** Am 31. Oktober findet in Hildesheim der Zusammenschluß der fast in allen deutschen Städten bereits bestehenden lokalen Ärztlichen Notgemeinschaften zu der Notgemeinschaft reichsdeutscher Ärzte statt. Zweck dieser Vereinigung ist u. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261030-10/fragment/page=0002

Unterstützung der durch die schwere wirtschaftliche Lage in Not geratenen Kollegen.

○ 18 Personen bei einem Autobusunglück verletzt. Ein schweres Autobusunglück ereignete sich in Berlin-Mariendorf. Durch ein scheugewordenes Pferd irregemacht, steuerte der Chauffeur des Autobusses den Wagen gegen einen Baum, wobei der Autobus zertrümmert und 18 Personen verletzt wurden.

○ Die Geliebte umgebracht. In Wollin stieß der 22jährige Knecht Winter seine Geliebte, die 19jährige Bäckereiangestellte Else Raube, in die Dievenow. Das Mädchen ging im Fluß unker und ertrank. Der Mörder wurde verhaftet.

○ 15 Scheunen durch Feuer vernichtet. Durch ein Großfeuer wurden in Neustettin 15 zusammengebaute Scheunen, Speicher und Ställe völlig eingeäschert. Die Feuerwehr mußte sich auf die Rettung weiterer in nächster Nähe befindlicher 50 Scheunen beschränken. Durch den Brand sind große Erntevorräte und zahlreiche wertvolle landwirtschaftliche Maschinen vernichtet worden.

○ Tod in den Flammen. In Eppendorf bei Chemnitz brach in dem Anwesen des Gutsbesitzers Neubauer ein Großfeuer aus, durch das die Stallgebäude und die Scheunen bis auf die Umfassungsmauern vernichtet wurden. Viel Vieh ist in den Flammen umgekommen. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Besitzer selbst fand in den Flammen den Tod. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

○ In Erfüllung gegangener Traum. In Kreiensen erzählte der Arbeiter Körber seinen Kollegen, er habe in der Nacht geträumt, daß er vom Zuge überfahren werde. Tags darauf wurde er, als er einen Handwagen über das Gleis schob, von einem Güterzug tatsächlich überfahren.

○ Ein Zugunfall bei Winningen. Von dem D-Zug 125 Trier—Koblenz—Berlin sind auf dem Bahnhof Winningen die Lokomotive und die fünf ersten Wagen entgleist. Der Unfall wurde dadurch verursacht, daß von einem Güterwagen, der rangierte, ein schwerer Baumstamm auf das Gleis gefallen war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

○ Zwei Bergknappen verunglückt. Auf der Zeche „Alte Steinkuhle" bei Bochum verunglückten auf der 50-Meter-Sohle zwei Hauer dadurch tödlich, daß sie unter plötzlich hereinbrechende Gesteinsmassen gerieten. Der eine von ihnen erstickte, während der andere einen Genickbruch davontrug, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Die beiden Verschütteten konnten bald nach dem Unfall geborgen werden.

○ Unterschlagung von Eisenbahnfahrgeldern. Auf der Fahrkartenausgabe des Kölner Hauptbahnhofes sind von zwei Fahrkartenausgebern umfangreiche Fälschungen und Unterschlagungen vorgenommen worden. Die Höhe des Schadens steht noch nicht genau fest. Ein großer Teil des Schadens ist durch Beschlagnahme von Bargeld und Möbelstücken in Höhe von 13 000 Mark sichergestellt. Die Täter sind geständig.

○ Der schienenlose Zug verunglückt. Der sogenannte schienenlose Zug einer amerikanischen Filmgesellschaft, der sich gegenwärtig auf einer Fahrt durch Deutschland befindet und von Breslau aus über Liegnitz nach Görlitz kommen sollte, ist auf der Straße von Goldberg nach Löwenberg, etwa drei Kilometer hinter Pilgramsdorf, beim Ausweichen vor einem Fuhrwerk verunglückt. Die Lokomotive stürzte einen etwa zwei Meter hohen Abhang herab und riß den Anhängerwagen mit sich. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

○ Von einer Räuberbande ermordet. Bei Ortaköi an der griechischen Grenze hat eine Räuberbande einen französischen Ingenieur mit Frau und Kind ermordet und ist über die griechische Grenze entkommen.

○ Admiral Behnckes in Singapore. Der ehemalige Erste Offizier des Grafen Luckner auf dem Hilfskreuzer „Seeadler", Kapitän Kircheiß, der mit dem Fischkutter „Hamburg" eine Reise um die Erde macht, ist in Singapore eingetroffen. Hier traf er zufällig mit dem früheren Chef der Marineleitung, Admiral Behncke, zusammen, der sich auf einer Reise durch Ostasien befindet. Aus diesem Anlaß wurde in Singapore ein kleiner Marinetag veranstaltet, an dem sich nicht nur die deutsche Kolonie, sondern auch Angehörige befreundeter Nationen beteiligten.

○ Riesenbrand in den Ölfeldern von Texas. In den Ölfeldern bei Beaumont in Texas explodierte ein großer Ölkant. Das auslaufende Öl geriet in Brand und nach wenigen Minuten standen die gesamten anderen Anlagen in Brand. Zwei Arbeiter sind in den Flammen umgekommen. Zehn andere sind schwer verletzt. Der Sachschaden wird auf über eine halbe Million Dollar geschätzt.

○ Bravourstück eines Fliegers. Der vierundsechzigjährige Veteran der amerikanischen Luftfahrt James Montee erlitt auf seinem soeben vollendeten Transkontinentflug in den Rocky Mountains einen schweren Unfall. Dabei brach er sich das Schlüsselbein und zwei Rippen. Nach Anlegung eines Notverbandes flog der alte Herr trotz der schweren Verletzung weiter und erreichte sein Ziel Mitchell Field, wo er ohnmächtig aus dem Flugzeug gehoben und ins Hospital getragen wurde.

* **Der Revolver als Unheilbringer.** In Hammelburg (Rhön) spielten junge Burschen mit einem Revolver. Plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel drang einem 16jährigen Metzgermeisterssohn in den Unterleib. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus nach Würzburg gebracht. — Beim Spielen mit einem Revolver schoß in Flinsberg bei Küllstedt (Eichsfeld) ein Lehrling seinen kleineren Bruder in den Kopf. Das verletzte Kind mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

* **Unwetter auf der ganzen Welt.** Aus allen Teilen der Welt werden heute schwere Unwetter gemeldet. In New-Yorkey wurden vom Sturm vier Personen getötet und viele verwundet. Eine Reihe kleiner Fischdampfer kenterte auf hoher See. In New-York wurden zahlreiche Fenster zertrümmert. Auf dem Hudson kenterte ein Lastboot, worauf der Kessel explodierte und zwei Mann getötet wurden. Der bei dem Orkan auf den Bermuda-Inseln angerichtete Schaden wird auf 12 bis 20 Millionen Mark geschätzt.

Generalleutnant Heye zum General der Infanterie befördert

Berlin. Generalleutnant Heye, Chef der Heeresleitung, wird mit Wirkung vom 1. November 1926 und mit einem Rangdienstalter vom 1. Dezember 1924 zum General der Infanterie befördert.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin. Der Reichskanzler empfing die Führer der Regierungsparteien, um mit ihnen über die Frage der Erwerbslosenunterstützung Fühlung zu nehmen.

Die deutsch-englischen Wirtschaftsbesprechungen.

Berlin. Zu Nachrichten über eine neuerliche Begegnung deutscher und englischer Industrieller teilt der Reichsverband der Deutschen Industrie mit, daß es sich hierbei um eine Einladung der englischen Parallelorganisation des Reichsverbandes, der Federation of British Industries, handelt. Der Zeitpunkt der Aussprache zwischen beiden Industrieverbänden steht noch nicht fest.

Stettin. In Lauenburg erschoß sich der Polizeikommissar Wichert in seinem Dienstzimmer im Rathaus. Wichert stand seit vielen Jahren im Dienste der Stadt. Er war bis zur Einrichtung der staatlichen Polizei Leiter der städtischen Polizei. Was ihn zum Selbstmord getrieben hat, steht noch nicht fest.

Wien. Dem Direktor der Berliner Singakademie, Prof. Schumann, wurde nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Aufführung der Großen Messe in H-Moll von Johann Sebastian Bach vom Vorstand der Wiener Singakademie deren vor 20 Jahren gestiftete und nur selten verliehene Silberne Bachmedaille für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Musik überreicht.

Hamburg. Der aufkommende Hamburger Dampfer „Hudikvall" stieß mit dem von Harburg kommenden und in See gehenden englischen Dampfer „Swiftsure" zusammen, der an der Backbordseite, unterhalb der Kommandobrücke, schwer beschädigt wurde. Die „Hudikvall" erlitt Schaden am Vordersteven.

Der Radioverkehr mit dem Mars.

London. Ein englischer Gelehrter, Dr. Robinson, erklärte, er habe Radiosignale erhalten, die darauf hinwiesen, daß der Mars versucht habe, mit der Erde in Verbindung zu treten. Dr. Robinson beschloß, auf den Appell, der die Buchstaben „MMGBR" enthalten habe, zu antworten. Er begab sich zum Londoner Zentralpostamt und übergab dem Beamten eine Radiodepesche an den Mars mit dem Auftrag, sie gegen Mitternacht aufzugeben. Der Beamte legte keinerlei Überraschung an den Tag und ließ sich die Gebühren auszahlen, die er nach dem Satz für Sendungen für Schiffe auf hoher See berechnete. Ob die Radiostation die Sendung aufgegeben hat, ist nicht bekanntgeworden, wird aber nicht bezweifelt. Im Ungewissen ist man darüber, ob der Mars die Sendung erhalten hat.

Sparen ist notwendig!

Zum Weltspartag am 31. Oktober.

Auf dem ersten Weltkongreß der Sparkassen aller Länder in Mailand, der im Oktober 1924 stattfand, wurde ein Weltspartag beschlossen. Dieser Spartag soll alljährlich am 31. Oktober abgehalten werden und ist also nun auch für dieses Jahr in unmittelbare Nähe gerückt.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not — das ist kurz und knapp auch die dem damaligen Mailänder Beschluß zugrunde liegende Idee. Der Weltspartag bedeutet nichts anderes als einen Aufruf, eine Mahnung an jeden einzelnen, zu sparen, die Ausgaben in das wirtschaftlich richtige Verhältnis zu den Einnahmen zu bringen, nach Möglichkeit Rücklagen zu bilden für Zeiten der Not. Die in der Zeit vor dem Kriege so ausgedehnte Spartätigkeit ist in allen Ländern wesentlich zurückgegangen, zum Schaden für den einzelnen, die Völker und ihre Wirtschaften. An Stelle der früheren Sparsamkeit ist eine gewisse Verschwendungssucht, ein „In-den-Tag-hinein-leben" zu beobachten. Diesen ungesunden Zuständen durch Wiederbelebung des Sparsinns und Förderung der Spartätigkeit abzuhelfen, ist der Sinn und Zweck des Weltspartages.

Aber gerade in Deutschland ergibt sich die Notwendigkeit in ganz besonderem Maße. Breite Kreise unseres Volkes sind in großer Not. Krieg und Inflation haben sie um ihre in jahrelanger harter Arbeit erworbenen Ersparnisse gebracht. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind das Los von Millionen. Tausende, die vor wenigen Jahren noch ein ausreichendes Einkommen hatten, stehen heute dem Nichts gegenüber. Angesichts dieser drückenden Notlage ist es Pflicht eines jeden Deutschen, zu ihrer Beseitigung sein möglichstes zu tun. Dies kann er, indem er spart. Wer sein Geld in produktiver Weise bei der Sparkasse anlegt, sichert sich für die Zeiten der Not und schützt sich vor übereilten Geldausgaben. Wer spart, gibt der Wirtschaft Kredit und trägt mit dazu bei, daß sie mit dem nötigen Betriebskapital versorgt wird. So hilft er mit, die Not in allen Erwerbszweigen, in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zu lindern und Arbeitern und Unternehmern Beschäftigung zu geben.

„Wir sollen wir sparen?" und „Wozu sollen wir sparen?" Das „Wie" ist leicht gesagt. Selbst Menschen, die in beengten Verhältnissen leben, können mehr erübrigen, als sie auf den ersten Blick glauben. Es handelt sich beim Sparen meist nicht so sehr um Entsagtsamkeit, als darum, seinen Verstand und seinen Willen anzuwenden! Nachdenken muß man, was man etwa tun kann. Hier kann man durch billigen Einkauf Geld erübrigen, dort kann man durch eine rechtzeitige Reparatur im Haushalt oder durch vorbeugende Maßnahmen größere Schäden und Ausgaben abwenden. Und wozu man sparen soll? Wem die erwähnten volkswirtschaftlichen Gründe nicht genügen, der denke an sein Alter, an seine Kinder, an seine Zukunft. Immer soll man daran denken, Pläne fassen und sich an ihre Durchführung machen, nicht im Trott des Alltagslebens stumpfsinnig dahingehen. Nur der Tätige hat etwas von seinem Leben!

Zu welchen Ergebnissen die praktische Betätigung des Sparsinns führt, darüber geben die Sparkassenstatistiken den besten Aufschluß. Im letzten Jahre, also vom 31. Oktober 1925 bis 31. Oktober 1926, wurden den deutschen Sparkassen rund 1,2 Milliarden Mark aus den Kreisen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten in Form von Spargeldern zugeführt und damit der Spareinlagenbestand von 1,5 Milliarden Mark auf 2,7 Milliarden Mark gesteigert. Trotz der geringen Einnahmen der unteren und mittleren Bevölkerungskreise und der erschwerten wirtschaftlichen Verhältnisse haben die deutschen Sparkassen seit der Stabilisierung wieder 2,7 Milliarden Mark an Spareinlagen erzielt, ein Betrag, der 14 % der Vorkriegssumme entspricht.

Sowohl demjenigen, der sich bisher bereits am Sparverkehr beteiligte, als auch demjenigen, der bis heute noch abseits gestanden hat, sollte der Weltspartag ein Ansporn sein, sich in Zukunft so wirtschaftlich und sparsam wie möglich einzurichten und die Gelder, die er entbehren kann, der Sparkasse zur Verwendung zu überlassen.

Die Freunde Frankreichs.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, daß Frankreich, nach wie vor eine systematische Hetze gegen alles, was mit dem deutschen Wesen zusammenhängt, durchführt, ist eine Einladung eines in Argentinien weitverbreiteten Vereins, der mit französischem Gelde arbeitet und sich ebenso treffend wie poetisch „Verein der Freunde Frankreichs" nennt (Los amigos de Francia). Diese französischen „Patrioten" wagten es, in einer frech verlogenen Ankündigung als Anschlagplakat in Buenos Aires zu einer Wohltätigkeitsfeier zum Besten der Errichtung eines Denkmals für die Helden des Hartmannsweilerkopfes einzuladen und betonten in dieser Bekanntmachung, daß sie das Fest veranstalten, „um das Andenken der Helden zu ehren, welche Elsaß-Lothringen aus den Klauen der Barbaren befreiten, die es mehr als 45 Jahre unterdrückten." Die in Argentinien sehr verbreitete „La Plata-Zeitung" wendet sich in einem temperatmentvollen Artikel gegen diese Verunglimpfung der deutschen Nation in einem Lande, dessen Stolz es ist, allen zivilisierten Menschen, welcher Nationalität sie immer angehören mögen, gleiche Rechte und gleiche Gastfreundschaft zu gewähren, vor allem aber in einem Lande und in einer Stadt, an deren wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung Menschen deutschen Stammes nicht geringen Anteil haben. Die „La-Plata-Zeitung" apostrophiert die Ehre der argentinischen Nation und sagt u. a.: „Die feigen Verleumder nennen sich „Amigos de la Francia". Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß ein Argentinier, der dieses Namens würdig ist, teil haben an so niederem Tun. Ein Argentinier macht sich keine Ehre oder Pflicht daraus, der Aufforderung eines französischen Generals (gemeint ist General Tabouis, der Präsident des Denkmalsausschusses) zu folgen! Wir können uns nur voll und ganz der in diesem Zusammenhang hier genannten nationalen argentinischen Zeitung anschließen, in der ausgedrückt wird: Es muß gewünscht werden, daß ein für alle mal diese üblen Angewohnheiten der Kriegszeit aufhören und alles vermieden wird, was den Haß, während des Krieges verständlich, wach zu halten geeignet ist, der zu einer Zeit, da die bedeutendsten Männer aller Länder sich bemühen, den Frieden zu festigen, und der Ansicht sind, daß die geistige Abrüstung eine unerläßliche Voraussetzung der materiellen ist, keinerlei Berechtigung hat.

Vermischtes.

= **Münchener Oktoberfestbilanz.** Das Oktoberfest, jene großartige Kirmes, die alljährlich in den ersten Oktoberwochen auf der Münchener Theresienwiese veranstaltet wird und vierzehn Tage dauert, ist vorüber, und es kommen nun die Statistiker, um den Rechnungsabschluß zu machen und festzustellen, was an Gewaltigem geleistet worden ist. Und man muß gestehen: was sie errechnet haben, macht der vielgerühmten deutschen Leistungsfähigkeit alle Ehre, wenn es sich hier auch weniger um Erzeugung als um Verbrauch handelt. Oder sind etwa die 1 165 000 Liter Bier, die in den vierzehn Festtagen auf der „Wiesn" getrunken worden sind, nicht überwältigend? Der Durst war groß, aber auch mit dem Appetit scheint es nicht allzu schlecht bestellt gewesen zu sein. Man erfährt zu unter der Hand, daß für die Festgenossen 16 000 Hühner, mit einem Kosenamen „Hendln" benannt, ihr Leben lassen mußten. Was aber die Würstchen angeht, so wurden deren 200 000 Paar verzehrt. Wer will, mag nachrechnen, was auf den Tag entfällt. Die Statistiker haben herausgefunden, daß alles in allem auf dem Oktoberfest 2½ Millionen Goldmark ausgegeben worden sind. Die deutsche Kaufkraft scheint also wirklich neu erwacht zu sein und Optimisten — Oktoberfestleute können ja nur optimistisch sein — werden das Fest als Wirtschaftsbarometer für die kommende Winterzeit gebührend zu werten wissen.

= **In Windsor spukt es.** Windsor ist hauptsächlich bekannt durch die „lustigen Weiber", die es, nach dem seligen Shakespeare, dort geben soll, und außerdem dadurch, daß die selige Königin Viktoria von England, die aber durchaus kein allzu lustiges Weib war, in dem Schlosse daselbst sich sehr gern von den Mühen und Sorgen des Regierens erholte. In diesem Schlosse aber spukt es — nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit langem. Nur daß man es jetzt erst wieder einwandfrei festgestellt hat, so daß sich bereits die Spiritisten der Sache angenommen haben, um mit dem Geist von Windsor in nähere Verbindung zu treten. Wie es im ehemaligen Berliner Schloß eine „Weiße Frau" gab, die von Zeit zu Zeit dort umherwandelte und alle Hofdamen in Angst versetzte, so gibt es auch in Windsor ein weibliches Gespenst, und Kenner behaupten, daß es die aus Schillers „Maria Stuart" allgemein bekannte Königin Elisabeth sei. Ein Kaufmann mit dem gefährlichen Namen Browning hat den Geist der Königin kürzlich ganz deutlich gesehen: die verstorbene Königin sah blutjung aus, trug Nonnentracht und stand auf ihres Schlosses Zinnen, um sich die Gegend anzusehen. In früheren Jahren hatten diesen selben Geist schon ein Gardeoffizier, ein Hofbeamter und ein Wachtposten gesehen — also lauter glaubwürdige Leute, so daß die Geschichte unbedingt wahr sein muß.

Am 30. Oktober: Wolkig, zeitweise aufheiternd, mäßige Niederschläge, ziemlich mild, etwas windig. Am 31. 10.: Ziemlich trüb mit Niederschlägen, windig, kühl. Am 1. 11.: Wolkig, zeitweise aufheiternd, Niederschläge, etwas kälter werdend, windig. Am 2. 11.: Abwechselnd heiter und wolkig, Niederschläge in Schauern, windig, etwas kälter.

„In der Beschränkung zeigt sich der Meister". Dieses Wort gilt auch in der Küche bei der Verwendung von Maggi's Würze. Denn gerade dann, wenn sie in kleinsten Mengen — also tropfenweise — den Speisen beim Anrichten zugesetzt wird, entwickelt Maggi's Würze ihre beste Wirkung. Dagegen beeinträchtigt naturgemäß ein „Zuviel" den Geschmack. Maggi's Würze ist eben sehr ausgiebig und deshalb sparsam zu verwenden.

Kirchliche Nachrichten

22. Sonntag nach Trinitatis, den 31. Oktober 1926.

Reformationsfest.

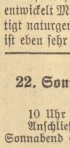
10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst.
Anschließend Beichte und heiliges Abendmahl (Anmeldungen für Sonnabend erbeten).
Kollekte: Gustav-Adolf-Verein.

½12 Uhr: Kindergottesdienst (im Gemeindesaal).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Missionsstunde im Gemeindesaal.
Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurde am 24. Oktober Hans-Werner Otto Schimpf.

Beerdigt wurden am 25. Oktober die Witwe Marie Marquardt, geb. Stahr im Alter von 65 Jahren, am 26. Oktober Frau Helene Sachse geb. Winter im Alter von 56 Jahren.

Die vielseitige Verwendung von Maggi's Würze



ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.

Man verlange ausdrücklich **Maggi's** Würze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261030-10/fragment/page=0003

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 28. Oktober.

* Produktenbörse. Die ermäßigten Cifforderungen für kanadischen Weizen und die leichten Abschwächungen der Auslandsbörsen gaben hier ebenfalls Veranlassung zu kleinen Abbröckelungen der Preise, zumal bei der wenig befriedigenden Lage des Mehlgeschäfts die Mühlenkauflust vorsichtig war. Das Inlandsangebot von prompter Ware blieb mäßig. Oktober durch Deckungen gestützt. Von Roggen ist das inländische Material etwas mehr angeboten, und die Forderungen zeigten sich williger. Von der Provinz wird Roggenmehl zu ermäßigten Preisen offeriert. Laufender Monat behauptet, sonst war die Tendenz für handelsrechtliche Lieferung matter. Für Gerste zeigen Käufer mehr Vorsicht, aber die Verkäufer geben in den Forderungen nicht nach. Die Tendenz für Hafer blieb fest bei kleinem Angebot in guten Qualitäten. Mais hat seine feste Haltung bewahrt, Futterartikel ruhiger.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	28. 10.	27. 10.		28. 10.	27. 10.
Weiz. märk.	274-277	274-277	Weizkl.f.Brl.	11,5-11,7	11,5
pommersch	—	—	Roggkl. f. Brl.	11,0	11,2-11,5
Rogg. märk.	222-227	223-228	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	58-68	58-68
Braugerste	220-270	220-270	kl. Speiseerbs.	40-42	40-42
Futtergerste	192-205	192-205	Futtererbsen	22-26	22-26
Hafer. märk.	183-199	183-199	Peluschken	22-23	22-23
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	21-23	21-23
westpreuß.			Wicken	25-26	25-26
Weizenmehl			Lupin., blaue	13-14,5	13-14,5
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	14-15	14-15
Bln.br.inkl.			Seradella	19-20,5	—
Sac (feinst.			Rapskuchen	14,8-16,0	15,6-15,8
Mrk.ü.Not.	36,7-39,5	36,7-39,5	Leinkuchen	20,8-21,0	20,5-21,0
Roggenmehl			Trockenschpl.	9,8-10,2	9,8-10,2
p.100 kg fr.			Soya-Schrot	19,9-20,2	19,9-20,1
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sac	32,5-34,0	32,7-34,0	Kartoffelflck.	24,1-25,5	24,3-24,8

* Eiernotierung. Inlandseier: große, vollfrische, gestempelte 18, frische über 55 Gramm 15—16, frische unter 55 Gramm 13—14. Auslandseier: extra große 18,50—19,50, große 14 bis 16,50, normale 12—13,50, abweichende 11—12,50, kleine und Schmutzeier 10—11, Dänen 14,50—16,50, Kalkeier 10 Pfg.

* Kartoffelpreise je Zentner, waggonfrei märkischer Station. Amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin. Weiße Kartoffeln 3,10 bis 3,40, rote Kartoffeln 3,40—3,70, gelbfleischige Kartoffeln 3,40—3,80 Mark. Fabrikkartoffeln 12,50—14 Pfg. pro Stärkeprozent.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

So ist das mit dem Alkohol:
Dem einen tut er immer wohl,
Dem andern aber scheint er Gift —
Mir freilich nicht, was das betrifft.

Man gibt sich plötzlich einen Ruck
Und nimmt 'nen Schluck und noch 'nen Schluck,
Was einen innerlich ergötzt —
Wenn man's verträgt, vorausgesetzt.

Nun blick' mal nach Amerika!
Wie's dorten ist, das weiß du ja:
Man schnapst beinah' zu jeder Frist,
Weil es so streng verboten ist.

Von Texas bis „Connetticütt"
Wird, was Gesetz ist, zum Gespött.
Der Onkel Sam trinkt sich 'nen Spitz
Mit Whisky, Weinbrand, Slivowitz.

Im Nordland auch, um Oslo rum,
Dacht' man an das Delirium
Und rettete den guten Ruf,
Indem man „Prohibischen" schuf.

Dann aber sagten sie sich: „Halt!
Ganz ohne Schnaps ist's hier zu kalt!"
Worauf sie durch den Volksentscheid
Erklärten, 's täte ihnen leid.

Drum kommt dort über kurz und lang
Der Branntwein wiederum in Gang,
Und selbst an Eismeer schlürft nach Wunsch
Bald jeder seinen Schwedenpunsch.

So daß, wer jetzt zum Nordpol fliegt,
Ganz sicher wieder Schnäpse kriegt —
Man ist am Eskimozean
Ja meistens ohnehin im Tran.

= **Der letzte Nachkomme Florian Geyers.** In Harlem (Holland) starb im Alter von 73 Jahren der Rentner Ludwig Geyer, der letzte männliche Nachkomme des großen Bauernführers Florian Geyer, der mit seinen Leuten, der gefürchteten „Schwarzen Schar", in fast alle Kämpfe des Bauernkrieges von 1525 verwickelt war. Florian Geyer, der aus dem fränkischen Geschlecht derer von Geyersberg stammte und im Juni 1525 in der Nähe von Schloß Limburg von seinem Schwager, Wilhelm von Grumbach, überfallen und getötet wurde, ist bekanntlich durch Gerhart Hauptmanns „Florian Geyer" auch eine literarische Berühmtheit geworden. Auch andere haben ihn und seine Taten dramatisch behandelt oder ihn zum Romanhelden gemacht. Der jetzt in Holland verstorbene Ludwig Geyer lebte früher als Lederfabrikant in seiner württembergischen Heimat. Nachdem er in der Inflation den größten Teil seines Vermögens verloren hatte und seine Fabrik und sein Haus hatte verkaufen müssen, verlegte er seinen Wohnsitz nach Harlem, wo mehrere seiner Töchter verheiratet waren. Die älteste Tochter ist die Gattin eines bekannten Leipziger Kommerzienrats; sie führt den Vornamen Elisabeth, getreu den Überlieferungen des Geschlechts, nach denen alle ältesten Töchter aus dem Hause derer von Geyersberg Elisabeth heißen sollten.

Wäsche
nimmt noch an
Frau **Anna Bornschein,**
Entenplan 2.

Beschlagnahmefreie Wohnung
sofort zu vermieten
Feldstraße 18.

Persil
Kalt
aufgelöst bringt Dir allein Persil die volle Wirkung ein!

Bekanntmachung.

Betrifft: Zeppelin-Eckener-Spende.

Die Sammlung für die vorgenannte Spende hat im Kreise Querfurt den Betrag von 5613,91 RM. erbracht.

Dieses erfreuliche Resultat läßt erkennen, daß die Bevölkerung des Kreises Querfurt auch in schwerer Zeit es nicht scheut, Opfer zu bringen, wenn es gilt dem Vaterlande bezw. seinen Interessen zu dienen.

Allen freundlichen Gebern sei hiermit herzlichst gedankt.

Querfurt, den 21. Oktober 1926.

Der Landrat.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die Steuerrestanten werden hierdurch aufgefordert, ihre Rückstände an Grund-, Kommunal- und Hauszinssteuer für den Monat Oktober d. Js. sowie die Hundesteuer für das zweite Halbjahr 1926 bis spätestens 5. November d. Js. zu zahlen, andernfalls werden die restlichen Beträge im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

Nebra, den 28. Oktober 1926.

Die Stadtsteuerkasse.

Wird veröffentlicht.

Der Magistrat.

Klosterschule Roßleben.

Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr in der Aula der Klosterschule

Kammermusikabend.

Violine:

Elisabeth Bischoff-München

Klavier: **Herr W. Richterlein.**

Werke von Beethoven, Mozart, Mendelssohn.

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben in der Buchhandl. von W. Sauer und an der Abendkasse.

Preise: 1,75 Mk. (Stühle), 1,25 Mk.

— Der Ertrag dient Zwecken der Musikpflege. —

Stadtsparkasse Nebra a. Unstrut.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr:

Die Kannibalen

Spannendes Filmwerk in 7 Akten

Ferner:

Kunterbunte Zeitungsgeschichten

Joekock-Lustspiel

Sonntag nachm. 3 Uhr Kinder-Vorstellung

— Für gut geheizten Saal ist gesorgt. —

Es laden freundlichst ein **Die Besitzer.**

Wer an Beleuchtung spart, spart an der falschen Stelle, denn gutes Licht ist gute Arbeitsquelle.

Wir empfehlen uns zur

Annahme von Spareinlagen

bei zeitgemäßer Verzinsung.

Günstige Bedingungen bei langfristigen Anlagen.

Ausführung von Sparkassen- und Geldgeschäften

zu kulanten Bedingungen.

Kontokorrentverkehr

mit und ohne Kreditgewährung.

Gewährung von Darlehen

gegen satzungsgemäße Sicherheiten. — Angenehme Bankverbindung für Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Beamte, Hausbesitzer u. Sparer.

Kreissparkasse Querfurt.

Reinsdorf.

Zum Dankfest, am **Sonntag, den 31. Oktober,** von nachmittag 3 Uhr an

Ballmusik

Zur Kirmes am **Montag, den 1. November,** von nachm. 2½—3½ Uhr

Platzkonzert,

von 3½ Uhr

Extra-Streichkonzert

im Saale, ausgeführt von dem Beamten-Orchester Naumburg, unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeister Bührig.

Abends von 8 Uhr an

Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein

der Kirmesverein. **Gastwirt Bernschein.**

Achtung! **Achtung!**

Sonntag, 31. Oktober, abends 8,30 Uhr im Schützenhaus

Gastspiel des weltbekannten Zauberkünstlers und Anti-Spiritisten

Bellachini

(Cumberland)

mit eigener Pracht-Bühnen-Ausstattung und Neuheiten auf dem Gebiete der

Zauberei, Antispiritismus u. a.

Das Haus der Schrecken

Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?

so wie es die Spiritisten lehren? **Nein!**

Zum Beweise hierfür:

Eine Org.-anti-spiritistische Sitzung. Kunst, Humor, Wissenschaft, Tischrücken, Nachrichten a. d. Jenseits, **Gespenstererscheinung.**

Ebenso Auftreten der überall gefeierten Universal-Künstlerin, Traum- und Seelenkünzerin **Magdalena**

— Eigene Pracht-Dekoration —

Ein nie gesehenes Großstadt-Programm.

Eintrittspreise: 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 50 Pf.

Es ladet freundlichst ein **Die Direktion.**

Dank!

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, welche der Tod so plötzlich aus unserer Mitte entrissen, danken wir allen herzlich auf diesem Wege, welche uns während ihrer kurzen Krankheit und beim Hinscheiden so treu zur Seite standen, sowie allen denen, welche ihren Sarg mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhestätte geleiteten.

In tiefer Trauer

Hermann Sachse sen.

nebst Kindern und Angehörigen.

Nebra, den 26. Oktober 1926.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter,

Frau Marie Marquardt

sagen wir auf diesem Wege allen denen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten und sie zur letzten Ruhestätte geleiteten, unseren herzlichsten Dank.

Nebra, den 26. Oktober 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen

Sprechtag

in gerichtlichen Angelegenheiten von 11—1 Uhr am **2., 12.** und **16. November** im „Weißen Roß", Nebra.

Poppe,
Amtsgerichtssekretär i. R.
Rechtsbeistand u. Versteig., Wiehe.

Asthma

Chronischen Bronchialkatharrh, Verschleimung der Atmungsorgane und veralteter Husten.

9 Jahre habe ich schwer daran gelitten, alle verf. Mittel waren erfolglos, bis ich selbst ein Mittel zum Einnehmen erfunden habe, das mir **sofort** geholfen hat. Aerztlich empfohlen.

Tausende von Dankschreiben

Jeder Leidende erhält bei Einsendung von M. 1 eine Probe durch meine Versand-Apotheke zugeschickt, damit er sich vom Erfolg selbst überzeugen kann.

Paul Breitkreuz, Berlin SO 33,
Skalitzerstr. 54.

Spielkarten
Wilh. Sauer, Roßleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261030-10/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 87 — Sonnabend, den 30. Oktober 1926. — 39. Jahrgang.

Konfliktsstoff im Reichstag.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Verfassungsgemäß hat der Reichstag am ersten Dienstag im November zusammenzutreten; in der nächsten Woche werden demgemäß die Verhandlungen beginnen nach einer Pause, die fast fünf Monate beträgt.

An der innenpolitischen Situation hat sich inzwischen, vom parteipolitischen Standpunkt aus gesehen, äußerlich nichts geändert. Der Versuch, im Reich eine Große Koalition herzustellen, also die parlamentarische Basis der Regierung Marx nach links zu erweitern, ist vorläufig ebenso gescheitert wie die Absicht der deutschnationalen Rechten, sich der Regierung zu nähern. Über die preußischen Verhandlungen sind die Koalitionspläne zunächst gestolpert; es wird freilich nicht an sofortigen Bemühungen fehlen, neue Verhandlungen anzuknüpfen, obwohl die Deutsche Volkspartei der Ansicht ist, daß die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen ebensowenig notwendig identisch sein müssen, wie sie es bisher waren.

Während aber in Preußen die bestehende Weimarer Koalition eine wenn auch nur ganz kleine Mehrheit hat, ist die Regierung Marx im Reich ja eine ausgesprochene Minderheitsregierung, kann also über Nacht gestürzt sein, wenn die Gesamtopposition in irgendeiner Frage einmal zusammengeht und dann über die Mehrheit verfügt. Nun ist aber im allgemeinen eine deutsche parlamentarische Opposition — ebenso auf der Rechten wie auf der Linken — nur in sehr seltenen Fällen zu einem solchen Experiment zu haben; der Sturz Dr. Luthers bildet eine Ausnahme und die Drohung mit einer allen Parteien unangenehmen Reichstagsauflösung ist ein starker Trumpf in der Hand der Regierung. Die parlamentarische Entwicklung der nächsten Wochen erst wird auch die parteipolitische Konstellation beeinflussen.

Diese Entwicklung birgt allerhand Gefahren in sich. Hohenzollernabfindungsgesetz nebst dem bekannten sozialdemokratischen Zusatzantrag, der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge und um die auswärtige Politik, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und anderes mehr enthält Konfliktsstoffe genug. Außerdem hat der Reichstagspräsident Löbe erklärt, daß er mit der Absicht umgehe, eine grundlegende Änderung der Geschäftsordnung zu beantragen, weil oder wenn die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, um derartige Szenen zu verhindern, wie sie sich vor kurzem im Preußischen Landtag abspielten. Der Präsident darf nämlich grobe Unruhestifter und „schlagfertige" Abgeordnete nur für einen Tag von der Sitzung ausschließen. Bemerkt sei, daß der Vorsitzende der Essener Stadtverordnetenversammlung das Recht hat, jeden renitenten Stadtverordneten, der auf seine Aufforderung hin den Saal nicht sofort verläßt, auf acht Wochen auszuschließen mit Verlust der Straßenbahnfreikarte und der Entschädigungen. Und wenn das noch nicht hilft, dann kann durch einen einfachen Beschluß der Versammlung Ausschluß auf die Dauer der Sitzungsperiode erfolgen.

Der Grundgedanke Löbes wird wohl von den bürgerlichen Parteien gebilligt werden, aber derartige Änderungen der Geschäftsordnung haben stets zu den erbittertsten parlamentarischen Kämpfen geführt, weil sich die Minderheit immer für „vergewaltigt" erklärte. Da scheut man denn die agitatorische Rückwirkung auf gewisse Teile des Volkes. Daß derartige Verschärfungen trotzdem notwendig sind, noch viel notwendiger werden können, muß der vor allem einsehen, der nicht will, daß der Parlamentarismus sonst in die Gefahr des Selbstmordes gerät. So manches an ihm und seinem Betrieb ist ja noch verbesserungsfähig, und Löbe wies auch auf entsprechende Anregungen hin, die vor allem dem parteipolitischen Leerlauf entgegenwirken, eine strengere Konzentration auf wirkliches Arbeiten herbeiführen wollen. Was hierin geschehen wird, das wird gleichfalls erst von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängen.

Internationale Ueberwachung der Rüstungen.

Beschlüsse in Genf.

Der gemischte Ausschuß, der von der Vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung mit der Prüfung der wirtschaftlichen Seite des Problems beauftragt wurde und der in Paris seit dem 19. Oktober getagt hat, hat seine Arbeiten beendet. Nach der Agentur Havas hat er sich mit folgenden Fragen beschäftigt:

1. **Prüfung der Methoden, die geeignet sind, die Anwendung des Völkerbundstatuts sicherzustellen. Hier werde die Schaffung eines ständigen Organs vorgeschlagen, das die Aufgabe habe, alles, was die Anwendung des Völkerbundstatuts betreffe, unter statistischen Gesichtspunkten zu sammeln und zu prüfen. Es handle sich um die Frage der Rüstungskontrolle. Hier sei der Ausschuß der Ansicht, daß unter gewissen Vorbehalten eine sogar internationale Überwachung der Rüstungen und der Herstellung von Kriegsmaterial zulässig sei.**

2. **Prüfung der Möglichkeit, den Rüstungsstand der verschiedenen Staaten durch Vergleichung ihrer militärischen Ausgaben festzustellen, sowie Prüfung der allgemeinen Frage einer Beschränkung der Streitkräfte durch eine Beschränkung des Militärbudgets. Der Ausschuß habe die Ansicht vertreten, daß das Studium der Budgets bei der gegenwärtigen Lage nicht als Grundlage für die Rüstungsbeschränkungen dienen könne. Eine Einschränkung des Budgets würde das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen den kontrahierenden Staaten sein müssen. Doch würde diese Beschränkung nur wirksam sein als Folge der Beschränkung der militärischen Elemente, d. h. des Materials und der Mannschaften.**

3. **Prüfung des Einflusses der wirtschaftlichen Elemente auf die Rüstungen und auf die Kriegsstärke. Als wirtschaftliche Elemente wurden aufgeführt: die Zahl der Einwohner, die Hilfsquellen an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, und sonstigen Produkten. Wichtig seien Umfang und Natur der Verkehrsmittel und schließlich die finanziellen Mittel eines Landes, von denen die Möglichkeit der Kriegführung abhänge.**

Der Ausschuß stellt fest, daß mangels einer Organisierung der Weltwirtschaft eine regionale Organisation wirksam zur Sicherheit und infolgedessen zur Erleichterung der Abrüstung beitragen könne.

Frankreichs Sicherheiten.

Der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrats, General Nollet, kam bei einem Frühstück des Englisch-Französischen Frühstücksklubs in London auch auf die Rüstungsfrage zu sprechen. General Nollet führte hierbei aus: Die Tatsache, daß Nationen sich nicht länger auf Söldnerheere verließen, mache die Bestimmung des Ausdrucks „Abrüstung" schwierig, was durch das, was in Genf stattgefunden habe, bewiesen worden sei. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Hilfsquellen besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantitativ wie auch qualitativ genügend „Menschenmaterial", wie man es in Deutschland nenne, zur Verfügung habe.

Nollet fragte, was Frankreich als Sicherheit habe, und erklärte, es halte weiterhin einen Teil des Rheins besetzt und es sei wohlbekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimesse. Sie grenze an die entmilitarisierte Zone, die sie isoliere und ihr eine insulare Lage gebe. Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Überwachung bestehe. Andererseits sei Frankreich des Vorteils des Garantiepaktes beraubt, der im Falle eines neuen Konfliktes die Streitkräfte Amerikas und Großbritanniens Seite an Seite mit seinen eigenen gestellt hätte. General Nollet gab seinem Optimismus für die Zukunft Ausdruck und schloß dann unter Beifall: „Ich glaube, daß unsere beiden großen Länder weiterhin Hand in Hand gehen werden. Wir müssen das Spiel bis zu seinem Ende spielen, solange der angerichtete Schaden noch nicht wieder gutgemacht und wenn das gemeinsame Ziel noch nicht erreicht ist. Interessen und Gefühl verlangen die Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens.

Keine Verstimmung Amerikas gegen Deutschland.

Eine offiziöse Auslassung.

„Associated Preß" meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds und der Bildung des europäischen Stahlkartells. Das Staatsdepartement und das Schatzamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über die beiden Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Weiße Haus gab keine Erklärung ab. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es nur durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahlkartellplan erhalten habe. Das Schatzamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trustplan hätte befragt werden sollen. Der Plan einer Auflegung von deutschen Eisenbahnbonds sei in England durchkreuzt worden, ehe er der amerikanischen Regierung vorgelegen habe. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über eine amerikanische Verstimmung keinerlei berechtigte Grundlage haben. Es wird dagegen angedeutet, daß hier einige Verstimmung bestand über das kürzliche Bestreben der britischen und der französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern von Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung zuzuschieben.

Bayerns Verhältnis zum Reich.

Dr. Held über Staat und Wirtschaft.

In der Vollsitzung des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort und erklärte u. a. zur Anschlußfrage, daß auf dem Wege der Wirtschaft der Anschlußgedanke am ehesten verwirklicht werden könnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbindung zwischen Deutschland und Österreich sich immer inniger gestalten möchte.

Dr. Held kam darauf auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sprechen. Er sagte hierbei: Die Wirtschaft kann nicht der Staat sein, die Staatsidee, der staatspolitische Gedanke geht viel weiter und ergreift alle Stände und Interessen. Die Staatsautorität muß die erste Voraussetzung dafür sein, daß jede einzelne Wirtschaftsgruppe sich zur Geltung bringen kann. Ich würde es begrüßen, wenn gerade vom Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei im Gegensatz zu manchen Wirtschaftsgruppen im Reiche der Staatsgedanke an die erste Stelle gesetzt würde. Wenn man die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft glaubt an die Stelle des Staates setzen zu können, dann verfällt alles unrettbar in einen heillosen Materialismus. Wir stehen, so schloß der Ministerpräsident, in einem schweren Kampfe um die Erhaltung unserer Eigenstaatlichkeit. In diesem Kampfe kann die Wirtschaft nicht beiseite stehen, und gerade die bayerische Wirtschaft hat ein Lebensinteresse daran, in diesem Kampf an der Seite des Bayerischen Staates zu stehen. Wir gehen nicht gegen das Reich. Wir in Bayern sind ebensogute Deutsche als irgend jemand im Norden. Wenn wir den föderalistischen Gedanken hochhalten, so sind wir uns bewußt, daß wir mindestens ebensogut für das Reichsganze sorgen wie andere Leute, welche glauben, diese Sorge in Erbpacht zu haben."

Danzigs neue Regierung.

Neuwahl des Danziger Senats.

Im Volkstag ist die neue Danziger Bürgerblockregierung gewählt worden. Nach dem Rücktritt der Linkskoalition haben sich die Deutschnationalen, das Zentrum, die Liberalen und die Beamtengruppe zu einer Regierung zusammengeschlossen, die sich allerdings nur auf die knappe Mehrheit von 62 Stimmen bei 120 Abgeordneten stützt. Zum Vizepräsidenten des neuen Senats wurde der deutschnationale Fabrikbesitzer und Landesbaurat a. D. Riepe mit 60 von 66 abgegebenen Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Sämtliche Oppositionsparteien, also die Danziger Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Polen, beteiligten sich nicht an der Wahl. Hierauf erfolgte die Wahl der übrigen 13 Senatoren, die ebenfalls etwa 60 Stimmen erhielten; es wurden gewählt: *6 Deutschnationale, 4 Zentrumskandidaten, 2 Liberale und 1 Beamtenvertreter.*

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten, Dr. Brandes-Althof, hat eine Sitzung des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates stattgefunden, in deren Vordergrund die großen Probleme standen, die sich schon jetzt aus der Zusammenarbeit von Enqueteausschuß und Deutschem Landwirtschaftsrat ergeben. Daneben befaßte man sich eingehend mit der Zusammenarbeit der großen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die mit Rücksicht auf die Beteiligung an den bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen besonderes Interesse beanspruchte. Die Behandlung der Probleme der Siedlung und Landeskultur wurden durch wertvolle Anregungen aus den Kreisen der Vertreter der Provinzen und Länder ergänzt. Im Anschluß an die Sitzung hatte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Brandes-Althof, die Reichs- und Landesregierungen und Vertreter der großen Wirtschaftsverbände zu einem Bierabend geladen. Reichspräsident von Hindenburg bekundete durch persönliches Erscheinen sein Interesse an der Arbeit des Deutschen Landwirtschaftsrates im Sinne der weite- … ele, das deutsche

… en.

… rtreter der Ham-
… neut der Zuver-
… schaft der Rechts-
… andbund ver-
… me die Gemein-
… auernpartei
… ere Gemeinschaft
… Kraft aus, der
… ne. Dr. Jarres
… okratie und ihre
… verwaltung sehr
… en. Aber man
… schließen, die der
… rung erwachsen

… temberg.

… nt hat die An-
… und der Ausein-
… rgischen Herzogs-
… Verhandlungen
… genommen wor-
… e Verständigung
… mmt sagen, doch
… rgleichsvorschlag

… raktion hat neben ihrem Antrag auf Ausweisung aller ehemaligen Landesfürsten und ihrer Nachkommen aus dem Reichsgebiet jetzt noch einen besonderen Gesetzentwurf eingebracht, wonach alle zwischen den einzelnen Ländern (Preußen, Bayern usw.) getätigten Verträge und Vergleiche mit den ehemaligen Fürsten aufge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261030-10/fragment/page=0005
DFG